



BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

im Kreistag des Rems-Murr-Kreises
c/o Willi Halder, Gereut 4
71364 Winnenden
Telefon 07195-177 188
FAX 07195-947 804

Email: whalder@t-online.de
www.gruene.de/rems-murr

Nach einer Aufwärtsphase, kam mit der Bankenkrise die pure Angst vor einer globalen Wirtschaftskrise auf.

Die Verantwortung dafür haben nicht nur ein paar wenige verantwortungslose Bankenmanager, sondern ein Heer von Börsenspekulanten, die ein eigennütziges und rücksichtsloses Geschäft betreiben. Nun wird der Staat mit unseren Steuergeldern und neuen Staatsschulden versuchen, die

Wirtschaftskrise zu verhindern. Während sich diese Herren noch trauen, sich über die „gedeckelten“ Gehälter von nur 500 000 € im Jahr zu beschweren.

Wo sind sie jetzt, die neoliberalen Schwätzer? Es ist kaum zu fassen. Da bringt unser Staat plötzlich Milliardensummen für die Banken auf, doch wenn es darum geht, den Hartz IV-Regelsatz für einen arbeitslosen Menschen ausreichend zu erhöhen. Ist kein Geld da.

Es ist unerträglich, wie das neoliberale Prinzip „Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten“ hemmungslos angewandt wird.

Für uns Grüne sind drei Dinge klar:

www.die-treibende-kraft.de



1. dass die Rechnung für dieses verantwortungslose Verhalten nicht von den Anständigen zu bezahlen ist,
2. die Armen, die wirtschaftlich und sozial Benachteiligten deshalb nicht zusätzlich zu leiden haben und
3. die Politik schleunigst dafür zu sorgen hat, dass Regeln und Gesetze geschaffen werden, die solche Vorkommnisse künftig unterbindet. Eine hohe Besteuerung von Börsenspekulationsgeschäften muss hier an vorderster Stelle stehen.

Müssen wir GRÜNE hier nun anmahnen, dass eine Marktwirtschaft auch eine soziale sein muss? Und dass wir einen globalen Abzock-Kapitalismus nicht wollen.

Wenn wir schon bei Krise sind. Automobile. Das ist nicht die Finanzkrise dort. Das ist falsche Modellpolitik. Automobilgrößenwahn. Schauen Sie sich doch auf den Straßen um. Französische und japanische benzinsparende Kleinwagen. Das ist der Markt.

Armut ist im Rems-Murr-Kreis ein Thema. Mit dem Sachstandsbericht Armut im Sozialausschuss wurde ein wichtiger Einstieg gemacht.

Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer.



Wir haben mehr als 12.000 Hartz IV-Empfänger, ca. 9000 so genannte Bedarfsgemeinschaften und, das ist die schlimmste Zahl, mehr als 5000 betroffene Kinder.

Dabei geht es uns nicht nur um die Betrachtung der rein materiellen Situation, die ist schlimm genug:

Der Hartz IV-Regelsatz beträgt 351€ mtl. für einen Erwachsenen bzw. 211€ für ein Kind unter 14 Jahren.

Der Tagessatz für Nahrungsmittel 1,95€.

Für Schulbedarf 1,66€ im Monat.

Der Monatsbetrag für Sport 62 Cent und für ein Fahrrad 41 Cent.

Für Bildung ist gar nichts vorgesehen. An Nachhilfeunterricht ist da nicht zu denken.

Was uns besonders bedrückt, sind die sozialen Konsequenzen, die daraus folgen. Diese wirtschaftlichen Verhältnisse führen zu Armut und zu sozialer Ausgrenzung von immer mehr Menschen. Die soziale Ausgrenzung von Kindern aufgrund der Armut ihrer Eltern, ist Realität bei uns.

Das ist eines der reichsten Länder der Erde absolut unwürdig. Deshalb wollen wir hier ganz dringend Veränderungen. Wir wollen hier auch nicht länger warten, was die große Koalition dazu zu Wege bringt. Wir sollten hier im Rems-Murr-Kreis dazu eine Koalition der Anständigen schmieden und



wenigstens allen unseren Kindern hier im Kreis zu ermöglichen, dass sie auf dem Schulhof wegen ihrer Armut nicht ausgegrenzt werden.

Klassenfahrten Urteil BSG.

Hier fordern wir Grünen, dass der Landkreis einen Etat einrichtet, dass jedes Schulkind an dem angebotenen Mittagstisch in der Schule für 1 Euro teilnehmen kann. Und mit einem Schulstarterpaket ausgestattet wird. Den Städten und Gemeinden, die dies schon in aller Stille, ohne nach dem Landkreis zu rufen getan haben, danken wir.

Herr Landrat Fuchs, in Ihrer Haushaltsrede haben Sie das Phänomen des „working poor“ benannt: Immer mehr Menschen können trotz Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt nicht sicher stellen. Hier ist der Mindestlohn die richtige Antwort.

Ebenso der so genannte 2. Arbeitsmarkt, der allen Langzeitarbeitslosen offen stehen muss. Die sozialen Beschäftigungsunternehmen sind hier gute und verlässliche Partner. Und es ist unbestritten, dass es besser ist Beschäftigung zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

Herr Landrat Fuchs, Sie haben auch weitere wichtige soziale Themen angesprochen:

Pflege und Grundsicherung im Alter



Mit dem Kreispflegeplan sind wir gut aufgestellt. Aber hier werden noch viele Herausforderungen auf uns zu kommen.

Menschen mit Behinderungen haben vor allem seit 2005 durch die Übernahme der Verantwortung des Landkreises für diesen Aufgabenbereich einen ganz großen Stellenwert. Mit dem in Zusammenarbeit mit den freien Trägern erstellten Kreisbehindertenplan hat der Rems-Murr-Kreis landesweit vorbildliches geleistet.

Wir wünschen uns als grüne Fraktion, dass dieser Weg der Zusammenarbeit von Landkreis und Hilfeanbietern in partnerschaftlicher Weise weitergegangen wird.

„Das Kinderland Baden-Württemberg hat Licht und Schatten“ sagen Sie, bei der Beschreibung der **Hilfstrukturen für Kinder und Familien** im Rems-Murr-Kreis.

Leider ist es so, dass es insbesondere wegen der unzureichenden Grundsicherung arbeitsloser Menschen, der größer werdenden materiellen Armut und den wachsenden Anforderungen in Arbeit und Gesellschaft, mit denen viele Familien und eine immer größer werdende Anzahl Alleinerziehender nicht mehr zurecht kommen, immer mehr Kinder auf der Strecke bleiben.



Hier sehen wir leider viel mehr Schatten als Licht.

Gut ist, dass wir im Rems-Murr-Kreis auch hier beginnen zu begreifen, welche Verantwortung wir für unsere Kinder und für die Zukunft unserer Gesellschaft haben. Mit der Einrichtung von 3 Stellen im Bereich Kinderschutz haben wir auf aktuelle Defizite richtig reagiert.

Herr Landrat, dafür, dass Sie diese sozialen Themen ernst nehmen, diese nicht nur in den Mittelpunkt ihrer Rede zum Haushalt, sondern in das Zentrum Ihrer Arbeit stellen, danken wir Ihnen als grüne Fraktion ausdrücklich an dieser Stelle.

Wir wünschen Ihnen, dass Sie ihre Arbeit, wenngleich Sie noch bei weitem nicht alle unsere Wünsche und Forderungen umsetzen, weit über das nächste Haushaltsjahr hinaus würden fortsetzen können. Je mehr Sie davon möglich machen, desto mehr können Sie mit unserer Unterstützung rechnen.

Die Gründung der Energieagentur war lange überfällig und ist eine zukunftsorientierte Entscheidung. Sie soll die bestehenden Angebote und Initiativen der Städte und Gemeinden vernetzen. Sie soll ein konsequentes Einsetzen heimischer Energie ermöglichen. Ein Mix von Energie einsparen, effizient einsetzen und erneuerbare Energie erzeugen. Die Perspektive ist ein möglichst Viel an Unabhängigkeit und Autonomie von fossilen Energieträgern und Multinationalen Konzernen. Weissach im Tal macht es uns vor. Eine sehr



lobenswerte Initiative, die hier vor Ort stattfindet. Dazu gehört auch, dass unser Biomüll ab 2011 im Landkreis behandelt und zur Energiegewinnung in Strom und Wärme genutzt wird. Nach dem Prinzip, das dort entsorgt wird, wo der Müll entsteht. Und nicht wie bisher die neuen Bundesländer damit „beglückt“ werden.

Lobenswert ist der regelmäßige Energiebericht. Zeigt er doch Entwicklung und Potenziale auf. Allerdings sollte nicht nur der Verbrauch und die Schadstoffe ausgewiesen werden, sondern auch die Verwendung von Ökostrom. Da der konsequente Einsatz von Ökostrom neben dem Energiesparen den meisten Erfolg im Klimaschutz bringen wird.

Ökologie und Klimaschutz wird nicht mit Atomkraft buchstabiert. Sondern Atomkraft wird mit Asse, Gorleben, Tschernobyl, Millionen unserer Steuergelder für die „improvisierte“ Endsorgung und Riesengewinne für die Energie Magnaten buchstabiert. Das neoliberale Kapitalismusmodell. Die Kosten sozialisieren und die Gewinne privatisieren.

Sie wollen unseren Stuttgarter Bahnhof „unter die Erde“ bringen.



Nach Ansicht des Bundesrechnungshofes kostet das Großprojekt «Stuttgart 21» mehr als 5,3 Milliarden Euro. Bislang seien die Kosten «falsch eingeschätzt» worden,... Es ergebe sich eine Finanzierungslücke von mindestens 1,3 Milliarden Euro.

Auch die Bahn-Neubaustrecke Wendlingen - Ulm wird dem Bericht zufolge deutlich teurer als bisher angenommen. Statt von zwei Milliarden Euro geht der Bundesrechnungshof von mindestens 3,2 Milliarden Euro aus.

So der Bundesrechnungshof am 3.11.08

Ich würde nichts dazu sagen, wenn das Geld nicht aus dem Verkehr in der regionalen Fläche abgezogen würde. Wenn es keine Alternativen, wie das Projekt Kopfbahnhof 21 dazu gebe, der bei weitem günstiger und leistungsfähiger sein wird, als der vergrabene Bahnhof mit seinen begrenzten Gleisen. Und wir hier auch einen guten Anteil dazu betragen müssen.

Machen wir das klaglos? Nur Weil die Landesregierung das will? Die Region wird umlegen und wir werden bezahlen. Auch für die Mehrkosten? Weil nicht ordentlich gearbeitet wurde? Denkmalbau für die Landesregierung? Und hier machen Sie an einem halben Prozentpunkt der Kreisumlage rum. Hier wird das Geld vergraben, dass wir dringend für den ÖPNV Ausbau brauchen.



Der S Bahnausbau Backnang Marbach Ludwigsburg ist auf dem Weg. Ausdrücklich begrüßen wir die Klärung einer möglichen Stadtbahnverlängerung Markgröningen/Schwieberdingen – Möglingen – Ludwigsburg – Remseck – Waiblingen - Fellbach, da es sich um ein ausserordentliches Zukunftsprojekt handelt.

Dem Antrag der SPD zu Einsparungen an den Kreisstraßen stimmen wir zu.

Die Krankenhausfrage ist entschieden. Die neue Allianz aus Reaktion und Besserwisserei ist beachtlich und sicher zum juristischen scheitern verurteilt.

Möge es sie viel Geld kosten. Demokratische Entscheidungen sind demokratische Entscheidungen, auch wenn sie knapp sind. Mir wären deutliche Mehrheiten auch lieber gewesen. Aber so ist das halt mit der Demokratie und es ist gute Gepflogenheit, zeugt von Reife, Größe und Kultur, dann solche Entscheidungen zu akzeptieren. Manchen müssen das wohl noch üben. So wie nach meinem Empfinden es auch noch nicht Allen bewusst ist, das wir Kreisräte und Kreisrätinnen zum Wohle des Gesamtkreises verpflichtet sind, nicht zum Wohl einer Kreisstadt, einer Kreisgemeinde oder einer bestimmten Raumschaft. Das gilt in der Krankenhausfrage genauso wie bei der Kreisumlage. In besonderer Weise sicher auch im Aufsichtsrat der Rems-Murr-Kliniken, Aufsichtsräte haben das



Wohl der Gesamtklinik im Auge zu haben und nicht den alten Streit fortzusetzen. Es sollte ein jeder an der richtigen Stelle wirken.

Zur Unzeit zur Landratswahl.

Die CDU möchte einen eigenen Kandidaten aufstellen, das ist das Recht der CDU und das haben sie ja 2002 auch gemacht. Die SPD macht sich für die Volkswahl des Landrates stark. Schön, dass unsere Vorschläge und Forderungen immer wieder recycelt werden. Mir fiel da sofort die „Suderia Toro Rosso“ in der Formel 1 ein. Die bauen alte Ferrari Motoren auf neue Chassis und wollen so in der Weltspitze mit fahren. Ok, mit einem guten Piloten kann man da weit kommen. Aber ich will die Forderung der Grünen gerne erläutern. Denn die Direktwahl des Landrates ist das Eine. Ganz wesentlich an der Forderung ist, das Bürgermeister, deren kommunale Aufsichtsgremium das Landratsamt ist nicht im Kreistag vertreten sein sollten. Das ist ein klassischer Interessenskonflikt. Nach beiden Seiten. Ich spreche ausdrücklich nicht von den Oberbürgermeistern, den die Kommunalaufsicht der Großen Kreisstädte liegt beim Regierungspräsidium.

Zur Kreisumlage



Noch schöpfen die Gemeinden aus den ertragsreichen Vorjahren. Diese Entwicklung wird sich in 2009 vorsetzen. Erst danach werden sich die Auswirkungen der Finanzkrise in den kommunalen Haushalten nachhaltig zeigen.

Seit Einbringung des Haushaltes 2009 des Landkreises hat sich eine Deckungslücke von 2.063.000 € (siehe Schreiben des LR vom 12. November) aufgetan. Es ist unsolide, unseriös und dient nicht der Haushaltsklarheit dies einfach zu ignorieren und an dem niedrigen Hebesatz fest zu halten. Zumal dies wieder ein mal ein Zugeständnis und Geschenk an die Ober- und Bürgermeister darstellt. Von diesen eigenartigen Ritualen um die Kreisumlage sollten wir endlich Abschied nehmen. Deshalb beantragen wir die Kreisumlage wie im Vorjahr bei 37 % Punkten zu belassen und nicht zu senken.

Überschüsse aus dem Haushaltsjahr 2009 sollen zur Schuldentilgung des Kreises verwendet werden. Und wir fordern immer noch einen Schuldentilgungsplan von der Verwaltung. Und dies ist angesichts der großen Aufgaben des Landkreises dringender denn je.



Unser Dank gilt der Kämmerei, den Bürgern für Ihr Steuergeld und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Winterbach, den 17. November 2008

Bündnis 90/GRÜNE im Kreistag

Willi Halder

Es gilt das gesprochene Wort.